

Niederschrift

**zur 27. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung
am Dienstag, den 31.08.2004**

Sitzungsbeginn: 19:05 Uhr
Sitzungsende: 22:08 Uhr

A. Vom VBS

Bertz, Claudia
Brähler, Gerhard
Hahn, Michael
Harnoth, Reinhold
Jäger, Hannelore
Karell, Karl-Heinz
Klotz, Alfons
Reuter, Friedrich-Wilhelm
Schmitz, Helmut - Vorsitzender

B. Von der Stadtverordnetenversammlung:

Stadtverordnetenvorsteherin Birgit Hahn

C. Vom Magistrat:

Bürgermeister Matthias Drexelius
Stadträtin Adelheid Platz
Stadtrat Frank Saltenberger bis 19.55 Uhr
Stadtrat Hanns-Guido Schmitz

D. Von der Verwaltung:

Suat Bischoff
Frank Volkmar – zugleich als Schriftführer

E. Vom Seniorenbeirat:

Karl Kötter

F. Entschuldigt fehlen:

Becker, Klaus
Döring, Wilhelm

G. Als Gäste:

Herr Crecelius und Herr Marhenke zu TOP 9.
Herr Schwarzer und Herr Wiehler zu TOP 10.

Vorsitzender Schmitz eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung fest. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwände. Da es sich um eine sehr lange Tagesordnung handelt, schlägt Vors. Schmitz vor, nach TOP 4. zunächst die Tagesordnungspunkte 9. und 10. zu behandeln, da hierzu Gäste eingeladen seien. Zu der vorgeschlagenen Verfahrensweise bestehen keine Einwände.

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Herr Klotz betont, dass nicht er, sondern in Vertretung Frau Ellen Enslin an der 25. Sitzung teilgenommen habe. Herr Schmitz bemerkt, dass dies von der Verwaltung bereits erkannt und im

Protokoll geändert wurde. Herr Schmitz merkt zu Beschluss-Nr. 93/2004 an, dass Sachverständige nicht befangen sein könnten.

Beschluss:

Die Niederschrift wird unter Berücksichtigung der vorstehenden Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen.

2. Projektplanungs- und Berichtssystem

- Beratung und Beschlussfassung -

Frau Jäger bittet um Erläuterungen zu folgenden Projekten:

Das Projekt „Vereinsförderung“ sei abgeschlossen. Ergebnisse seien den Fraktionen nicht mitgeteilt worden. Bürgermeister Drexelius führt aus, dass das Projekt beim Bauamt abgeschlossen sei und nun von der Kämmerei weiterbearbeitet werde.

Projekt 2. Gewerbegebiet „Südtangente mit Ansiedlungs- und Vermarktungskonzept“
Gewerbemanagement:

Bürgermeister Drexelius erläutert, dass am 1.9.2004 in der Sitzung des HFA ein Vermarktungskonzept durch verschiedene Erschließungsträger präsentiert werde.

Projekt 6. Baugebiet „Am Weiher, 1. BA Arrondierung Merzhausen“:

Frau Bischoff erläutert, dass beim zuständigen Sachbearbeiter noch Tätigkeiten mit höheren Prioritäten zu bearbeiten seien. Frau Jäger fragt an, wann das Grundstück in Wernborn verkauft werde. Bürgermeister Drexelius erläutert hierzu, dass sich ein Verkauf bedingt durch die Lage der Grundstücke sehr schwierig gestalten und bereits einige Bauträger nach anfänglichem Interesse wieder abgesprungen seien.

Projekt 13. Erhaltungs- und Gestaltungssatzung Kerngebiet Wernborn:

Frau Jäger stellt für die BEU den Antrag, das Projekt fremd zu vergeben. Frau Bischoff befürwortet eine Fremdvergabe, da Externe eher spezifiziert seien. Dies würde einen ca. 4.000 Euro erhöhten Haushaltsansatz bedeuten. Nach eingehender Diskussion zieht Frau Jäger den Antrag zurück. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Fremdvergabe und die damit verbundene Haushaltsanmeldung für die Haushaltsberatungen vorzubereiten.

Projekt 25. Erstellen eines Baumkatasters für den städtischen Baumbestand (Innenbereich):

Frau Jäger beantragt, die Priorität von 2 auf 5 zu setzen. Bürgermeister Drexelius betont, dass dies nicht immer möglich sei, da eine ständige Überwachung der Bäume erforderlich sei, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Frau Bischoff führt aus, dass die erforderlichen Eingabetätigkeiten in das Geografische Informationssystem (GIS) fremd vergeben werden könnten. Nach Auffassung von Bürgermeister Drexelius könne hierbei auf entsprechende Programme des Sozialamtes zurückgegriffen werden. Die entsprechenden Haushaltsmittel müssen zur Verfügung gestellt werden.

Projekt 31. Kanal/Wasser/Straße Weilburger Straße:

Frau Jäger beantragt, das Projekt aus dem Projektplanungs- und Berichtssystem des Bauamtes herauszunehmen, da für die Durchführung keine Haushaltsmittel vorhanden seien. Es besteht Einvernehmen, das Projekt aus der Projektliste herauszunehmen.

Projekt 32. Umgehung K 740 Merzhausen (Straßenplanung):

Frau Jäger bittet um Mitteilung des aktuellen Sachstandes. Bürgermeister Drexelius führt aus, dass die Eigentümer verschiedene Auffassungen zur Trassenführung vertreten haben. Die Trassenführung sei überarbeitet worden. Mit den Eigentümern seien neue Verhandlungen zu führen.

Projekt 35. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen an den Ortseingängen im Stadtgebiet:

Frau Jäger beantragt, das Projekt aus dem Projektplanungs- und Berichtssystem des Bauamtes herauszunehmen, da die Zuständigkeit beim Ordnungsamt (Amt 32) liege. Es besteht Einvernehmen, wie beantragt zu verfahren.

Projekt 56. Planung Jugendzentrum Wilhelmsdorf/Wernborn:

Frau Jäger betont, dass die Wohnung im Kindergarten Wernborn frei sei und diese als Jugendzentrum Verwendung finden könnte. Eine ähnliche Situation bestehe in Merzhausen, wo sich das Jugendzentrum ebenfalls im gleichen Gebäude wie der Kindergarten befinde. Bürgermeister Drexelius führt aus, dass in Merzhausen eine völlig andere Situation bestehe, da hier ein separater Eingang vorhanden sei. Er lehnt die Einrichtung eines Jugendzentrums in den Räumlichkeiten des Kindergartens Wernborn ab. Vorsitzender Schmitz bittet um eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung. Herr Hahn bittet, das Projekt im Berichtssystem beizubehalten. Hier besteht Einvernehmen.

Herr Hahn fragt nach dem aktuellen Stand zu Projekt 10. Bebauungsplan Neubau Krankenhaus: Bürgermeister Drexelius betont, dass der Hochtaunuskreis die Stadt aufgefordert habe, weiter zu verhandeln. Die entsprechenden Mittel stünden zur Verfügung. Der Wettbewerb könne im nächsten Jahr abgeschlossen werden. Nach Auffassung von Bürgermeister Drexelius sollte bei dem Projekt eine höhere Priorität festgesetzt werden. Es besteht Einvernehmen, die Priorität auf 1 festzulegen.

3. Sachstandsbericht Flächenmanagement **- Beschluss vom 15.10.2001 liegt in Kopie bei -**

Herr Klotz führt aus, dass leerstehende Flächen erfasst werden sollten. Bürgermeister Drexelius informiert, dass es bei dem TOP um Beschluss-Nr. 100/2001, lfd. Nr. 2 gehe und die Stadt nicht als Makler auftreten könne. Vors. Schmitz schlägt vor, auf der Homepage der Stadt Usingen ein „Schwarzes Brett“ zu veröffentlichen, auf dem Käufer und Verkäufer die Möglichkeit haben, Inserate aufzugeben. Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung. Verwiesen wird auf die im HFA am 1.9.2004 zu präsentierenden Vermarktungskonzepte durch verschiedene Erschließungsträger.

4. Sachstandsbericht Schleichenbach II **- Beratung über weitere Vorgehensweise und eventuell Beschlussfassung -**

Vors. Schmitz betont, dass sich alle politischen Fraktionen während der Sommerpause intensiv mit der Thematik befasst haben und bittet die Fraktionen um entsprechende Stellungnahme.

Herr Brähler führt für die FDP-Fraktion aus, dass das Baugebiet „Schleichenbach II“ von herausragender Bedeutung sei. Durch das Baugebiet könne Kaufkraft nach Usingen geholt werden. Zur Durchführung sei die Zustimmung der Eigentümer erforderlich. Die im Brief der Eigentümer vom Mai 2004 genannten Kritikpunkte, wie z.B. Energieversorgung, Kreisel und Grüngürtel wurden innerhalb der Fraktionen intensiv erörtert.

Herr Hahn betont für die SPD-Fraktion, dass während der Sommerpause parteiübergreifende Gespräche stattgefunden hätten. Hierbei habe sich gezeigt, dass sich der Abschluss von städtebaulichen Verträgen mit den Eigentümern als beste Lösung erwiesen haben. Hierzu bedarf es jedoch der Zustimmung mit allen Eigentümern. Insbesondere die Punkte Grünstreifen, Verbindung Schleichenbach I und II, und Kreisel seien behandelt worden. Die Fraktionen kamen zu dem Ergebnis, dass kein Anschlusszwang an die zentrale Wärmeversorgung erfolgen soll. Eine Eigentümerversammlung, wie am 15.6.2004 im VBS beschlossen, solle nicht durchgeführt werden. Die Eigentümer sollen angeschrieben werden und dann eine verbindliche Erklärung zu den Inhalten der Planung abgeben. Falls mit einigen Eigentümern keine Einigung hergestellt werden kann, sollen Einzelgespräche mit diesen Eigentümern und Herrn Zimmermann geführt werden.

Frau Jäger und Herr Klotz haben den Ausführungen der Herren Brähler und Hahn nichts hinzuzufügen.

Vors. Schmitz betont, dass von Seiten der BEU eine Umsetzung des Baugebietes gewünscht sei, dies aber nicht zu jedem Preis. Bis September wolle die BEU eine Entscheidung der Eigentümer einfordern. Herr Hahn stellt einen Antrag, der im Laufe der Diskussion noch modifiziert wird.
Der Antrag von Herrn Hahn wird wie folgt zur Abstimmung gebracht:

Der Beschluss Nr. VBS 95/2004 vom 15.6.2004, der die Einberufung einer Grundstückseigentümersammlung zum Inhalt hat, wird aufgehoben und durch den folgenden Beschluss ersetzt:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, das von den Fraktionen entwickelte Schreiben den Grundstückseigentümern von Schleichenbach II bis zum 7.9.2004 zuzustellen. Mit diesem Schreiben werden die Fragen beantwortet, die die Eigentümer mit Schreiben vom 18.5.2004 gestellt haben.**
- 2. Dem Schreiben ist eine Erklärung beizufügen, mit der die Grundstückseigentümer bis zum 30.9.2004 verbindlich erklären, ob sie nunmehr bereit sind, ihre Zustimmung zu den Erschließungsverträgen zu geben.**
- 3. Herr Zimmermann von der GSL wird beauftragt, nach Ablauf der Zustimmungsfrist Einzelverhandlungen mit denjenigen zu führen, die keine Einverständniserklärung abgegeben haben. Das Ergebnis der Gespräche soll in der VBS-Sitzung am 12.10.2004 vorgelegt werden.**

Beschluss-Nr. VBS 1819a-2004:

Der VBS stimmt dem Antrag von Herrn Hahn zu.
Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, einstimmig.

Wie bereits zu Sitzungsbeginn vereinbart, wird die Sitzung mit den Tagesordnungspunkten 9. und 10. fortgesetzt.

9. Präsentation Planung Seniorenwohnanlage Mozartstraße

Die Herren Crecelius und Marhenke stellen anhand einer Computerpräsentation die Planung vor. Nach eingehender Diskussion bittet Frau Jäger um Vorlage einer Computersimulation unter Einbeziehung der Nachbargebäude. Herr Hahn bittet um Überprüfung der Geschossigkeit im Hinblick auf die städtebauliche Einbindung zu den Nachbargrundstücken. Frau Bischoff sagt eine Prüfung zu.

Vors. Schmitz bittet vor Erteilung des Einvernehmens durch die Stadt Usingen um erneute Beratung im VBS.

Vors. Schmitz bedankt sich bei den Herren Marhenke und Crecelius für deren Ausführungen. Die Planung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Von 20.45 Uhr bis 20.51 Uhr wird die Sitzung unterbrochen.

10. Präsentation Planung Gärtnerei Zwermann

Bürgermeister Drexelius nimmt an diesem Tagesordnungspunkt nicht teil und verlässt den Sitzungsraum.

Vors. Schmitz begrüßt die Herren Schwarzer und Wiehler (Architekt), die anhand einer Overhead-Präsentation die Planung zum Gelände der Gärtnerei Zwermann vorstellen.

Nach der vorgestellten Planung sind 30 Baugrundstücke mit einer durchschnittlichen Größe von ca. 300 qm geplant. Frau Bischoff erläutert die Hintergründe der angestrebten städtebaulichen Dichte im Plangebiet.

Vors. Schmitz fragt nach den Erschließungskosten. Herr Wiehler führt aus, dass die Beiträge für Wasser und Kanal von Herrn Zwermann getragen werden. Die Straßenbeiträge sind auf die Anlieger umzulegen.

Frau Jäger fragt an, ob eine individuelle Planung der einzelnen Häuser möglich sei. Dies wird von Herrn Wiehler bejaht.

Vors. Schmitz fragt nach der Geschosshöhe. Herr Wiehler erteilt die Auskunft, dass maximal zweigeschossig oder eingeschossig mit Kniestock gebaut werde. Die Traufhöhe liege bei maximal 6,50 m.

Vors. Schmitz bedankt sich für die Ausführungen bei den Herren Schwarzer und Wiehler. Die Planung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

5. Ausbau der L 3270 zwischen Usingen und Neu-Anspach/OT Westerfeld **- Entscheidung über die Herstellung der Anschlüsse städtischer Straßen -**

Bürgermeister Drexelius nimmt wieder an der Sitzung teil.

Bürgermeister Drexelius bittet die Mitglieder des VBS, nach der vorliegenden Beschlussvorlage des Magistrats zu beschließen.

Herr Hahn erklärt, dass er beruhigt sei, dass das ASV keine Einwendungen zum 2. Anschluss Schleichenbach II habe.

Bürgermeister Drexelius führt aus, dass derzeit eine Einbeziehung des Kreisels am Knotenpunkt L 3270/B456 nicht möglich sei, da hier das ASV keine Zustimmung in Aussicht stelle.

Beschluss-Nr. M VIII/1819-2004

Der VBS beschließt die vom Magistrat beschlossene Vorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, im Zuge des Ausbaues der L 3270 die Anschlüsse der städtischen Straßen wie folgt zu berücksichtigen:

1. Knotenpunkt Achtzehnmorgenweg/L 3270

Der Anschluss des Achtzehnmorgenweges an die L 3270 wird so gestaltet, dass es möglich ist, von der Stadt kommend nach rechts in den Achtzehn-Morgen-Weg abzubiegen, andere Möglichkeiten der Ein- und Ausfahrt sollten nicht gegeben sein. Die Baukosten gehen gem. bestehender Verwaltungsvereinbarung (siehe Anlage) zu Lasten der Stadt Usingen. Das durch die Umplanung erforderliche neue Baurecht wird durch den Bebauungsplan L 3270 – Anschlüsse Kreisel Westerfelder Weg/Schleichenbach II, Achtzehnmorgenweg (siehe Vorlage VIII/1820-2004) geschaffen.

2. Knotenpunkt Westerfelder Weg/Baugebiet „Schleichenbach II“/L 3270

Die Gestaltung dieses Knotenpunktes erfolgt als Kreisel unter Berücksichtigung einer späteren Anbindung des Baugebiets Schleichenbach II. Die Umplankosten in Höhe von ca. 13.000,00 € werden von der Stadt übernommen und außerplanmäßig nach § 100 HGO im Haushalt zur Verfügung gestellt. Die Aufteilung der Baukosten zwischen Land und Stadt erfolgt gem. bestehender Verwaltungsvereinbarung (siehe Anlage). Die Hälfte des städtischen Anteils der Bau- und Plankosten werden auf das Baugebiet Schleichenbach II umgelegt. Das durch die Umplanung erforderliche neue Baurecht wird durch den Bebauungsplan L 3270 – Anschlüsse Kreisel Westerfelder Weg/Schleichenbach II, Achtzehnmorgenweg (siehe Vorlage VIII/1820-2004) geschaffen.

3. Zweiter Knoten Baugebiet „Schleichenbach II“/L 3270

Der zweite Knoten für die Anbindung des Baugebiets „Schleichenbach II“ an die L 3270 wird in der jetzigen Ausführungsplanung für die L 3270 nicht berücksichtigt. Das Baurecht

für diesen Knoten wird im Zuge des Bebauungsplanverfahrens Schleichenbach II geschaffen; die Herstellung des Knotens erfolgt in Abstimmung mit dem ASV Frankfurt zu einem späteren Zeitpunkt. Die Baukosten gehen zu Lasten der Stadt Usingen, es muss eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen werden.

4. Knoten Baugebiet „Schleichenbach I“/L 3270

Dieser Knoten wird bei der Ausführungsplanung für die L 3270 berücksichtigt und mit dem Umbau der L 3270 hergestellt. Die Kosten werden gem. bestehender Verwaltungsvereinbarung (siehe Anlage) von der Stadt übernommen.

5. Anbindung „Gemeinbedarfsfläche Eiskaut“

Diese Anbindung direkt gegenüber der Anbindung des Baugebiets „Schleichenbach I“ bleibt im Zuge der Ausführungsplanung für die L 3270 zunächst unberücksichtigt, da sie nicht Gegenstand der Planfeststellung der L 3270 war.

Die Zustimmung für diese Anbindung mit Linksabbiegespur wurde im Zuge des Bebauungsplanverfahrens „Gemeinbedarfsfläche Eiskaut“ vom ASV Frankfurt erteilt. Der Ausbau soll durch einen Vollausbau der Einmündung „Schleichenbach I“ als Vollkreuzung erfolgen. Hierzu ist eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung abzuschließen. Das Baurecht ist nach Aussage des ASV im Zusammenhang mit der Erschließung des Gebietes Eiskaut durch Erweiterung des bestehenden Bebauungsplanes „Gemeinbedarfsfläche Eiskaut“ oder durch Unterbleiben der Planfeststellung zu schaffen. Die Kosten sind von der Stadt Usingen zu tragen.

6. Fuß- und Radwegeverbindung Baugebiet „Schleichenbach II“/Innenstadt

Diese Verbindung muss im Zuge der Ausführungsplanung für die L 3270 nicht berücksichtigt werden. Das Baurecht wird im Bebauungsplan „Schleichenbach II“ hergestellt. Die Baukosten gehen zu Lasten der Stadt Usingen, es muss eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen werden.

7. Fuß- und Radwegeverbindungen von den Baugebieten „Schleichenbach I und Schleichenbach II“/Bahnhof

Die Fuß- und Radwegeverbindung von den Baugebieten Schleichenbach I und II zum Bahnhof wird im Bebauungsplan für das Baugebiet Schleichenbach II entlang des parallel zur L 3270 erforderlichen Lärmschutzwalles geplant, kreuzt im Bereich des vorgesehenen Kreisels am Westerfelder Weg die L 3270 und den Westerfelder Weg und führt über das vorhandene Pfädchen zum Bahnhof. Die Baukosten gehen zu Lasten der Stadt Usingen. Die Querungen innerhalb des geplanten Kreisels sind bei der Umplanung des Knotenpunktes zu berücksichtigen. Das Baurecht wird durch den Bebauungsplan „Schleichenbach II“ und den neuen Bebauungsplan „L 3270 – Anschlüsse: Kiesel Westerfelder Weg/Schleichenbach II, Achtzehnmorgenweg“ hergestellt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

6. Bauleitplanung der Stadt Usingen
Bebauungsplan „L 3270 - Anschlüsse: Kiesel Westerfelder Weg/Schleichenbach II, Achtzehnmorgenweg“ Stadtteil Usingen
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 BauGB

Beschluss-Nr. M VIII/1820-2004

Die Stadtverordnetenversammlung möge wie folgt beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 2 BauGB die Aufstellung eines Bebauungsplanes mit der Bezeichnung „L 3270 – Anschlüsse: Kiesel Westerfelder Weg/Schleichenbach II, Achtzehnmorgenweg“ mit dem Geltungsbereich, wie er in der Anlage vorliegt.

Für das Bauleitplanverfahren werden die benötigten Haushaltsmittel aus dem HH-Titel Bauleitplanung entnommen (Haushaltsreste) und beim Haushalt 2005 berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

7. Bauleitplanung der Stadt Usingen
Bebauungsplanentwurf „Mozartstraße“, Stadtteil Usingen
Verlängerung der Veränderungssperre

Bürgermeister Drexelius erläutert, dass eine Verlängerung der Veränderungssperre um 1 Jahr nicht ausschliesse, diese auch früher wieder aufzuheben.

Beschluss-Nr. M VIII/1812-2004

Die Stadtverordnetenversammlung möge wie folgt beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: Für den Bebauungsplanentwurf „Mozartstraße“ für den Planbereich A und den Planbereich B wird eine Verlängerung der Veränderungssperre um ein weiteres Jahr beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

8. Bauleitplanung der Stadt Usingen
Erweiterung des Geltungsbereichs für den Bebauungsplan „Neuer
Marktplatz/Festplatz/Bahnhofstraße“

Frau Bischoff bittet die Mitglieder des VBS, die Bahnhofstraße in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Neuer Marktplatz/Festplatz/Bahnhofstraße“ aufzunehmen. Frau Jäger betont, dass der Vorschlag zur Aufnahme der Bahnhofstraße bereits in einem Agenda-Arbeitskreis einstimmig beschlossen wurde.

Herr Reuter fragt nach dem Bauvorhaben in der Bahnhofstraße 17. Bürgermeister Drexelius entgegnet, dass dies in der heutigen Sitzung nicht erörtert werden kann, da Bauangelegenheiten nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten werden.

Vors. Schmitz beantragt, den Tagesordnungspunkt bis zur nächsten Sitzung zu verschieben.

Beschluss-Nr. VBS 1815a-2004:

Der Antrag von Vors. Schmitz auf Verschiebung des Tagesordnungspunktes bis zur nächsten Sitzung wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Herr Klotz beantragt die Erweiterung des Geltungsbereiches für den Bebauungsplan „Neuer Marktplatz/Festplatz/Bahnhofstraße“ in dem Geltungsbereich, wie er in der Anlage dargestellt ist. Zusätzlich soll die Begrenzung des Geltungsbereiches im Bereich der Ergänzung auch die Bahnhofstraße umfassen.

Beschluss-Nr. M VIII/1815-2004

Der VBS beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge wie folgt beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Erweiterung des Geltungsbereiches für den Bebauungsplan „Neuer Marktplatz/Festplatz/Bahnhofstraße“ in dem Geltungsbereich, wie er als Anlage dargestellt ist. Zusätzlich soll die Begrenzung des Geltungsbereiches im Bereich der Ergänzung auch die Bahnhofstraße umfassen.

Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür, 2 dagegen, 1 Enthaltungen

12. Verschiedenes

Frau Bertz teilt mit, dass die Grundschule in Eschbach sehr dicht an die Straße gebaut sei. Sie bittet um Überprüfung, ob die entsprechenden Abstände eingehalten wurden.

Vors. Schmitz informiert die Anwesenden, dass am 12.10.2004 eine gemeinsame Sondersitzung des VBS, HFA um Magistrat durchgeführt werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Vors. Schmitz die Sitzung.

Usingen, 1.9.2004

Helmut Schmitz
Vorsitzender

Frank Volkmar
Schriftführer